



Bensberger Gespräche ***28.-30. Januar 2008 in Bensberg***

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Mittwoch, 30. Januar

Zentralasiens Bedeutung für die deutsche Außenpolitik

Holger Haibach, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Zentralasien ist "Terra incognita" – eine Region mit großer Vergangenheit, vielen Ressourcen und einer ungewissen Zukunft, eine Region, eigentlich nah, aber doch fern, denn keiner kennt sie – so Holger Haibach auf die Eingangsfrage von Cornelia Rabitz, was er mit Zentralasien verbinde.

Die europäische Zentralasienpolitik

Die Beziehungen Deutschlands zu Zentralasien seien relativ alt – darauf verwies Haibach zu Beginn seiner Ausführungen. Relativ alt in diesem Kontext meine, sie gingen zurück ins Jahr 1991, als Deutschland als erstes Land die neuen Staaten Zentralasiens diplomatisch anerkannte. Und heute, fuhr Haibach fort, stünden sie erneut im Fokus der deutschen Außenpolitik. Dies liege vor allem an der militärisch-strategischen Bedeutung der Region, die in direkter Nachbarschaft zu Afghanistan liege und innerhalb der die Bundeswehr im usbekischen Termiz einen Stützpunkt unterhalte. Auch dienten die Staaten in der Region als wichtige Partner zur Bekämpfung des Drogenhandels. In wirtschaftlicher Hinsicht sei eine Zusammenarbeit mit den Ländern der Region wegen deren Energiereichtum höchst lukrativ. In diesem Kontext bemerkte Haibach, dass Russland und China hier zur Zeit definitiv einen Vorsprung genossen. Er sei sich aber nicht sicher, ob der nicht einzuholen sei. Auch sei auf die Umwelt- und Wasserproblematiken in der Region zu verweisen, deren Auswirkungen die Stabilität Zentralasiens gefährdeten und in ihren möglichen Konsequenzen auch für Europa von Bedeutung seien.

Doch dürften, fuhr Holger Haibach fort, auch die Schwierigkeiten einer europäischen Zentralasienpolitik nicht außer Acht gelassen werden. So herrsche in der Region zwar eine gewisse Stabilität, diese könne man jedoch auch als Friedhofsruhe bezeichnen. Auch müsse betont werden, dass die Staaten Zentralasiens sehr unterschiedlich seien, sie wenig miteinander verbinde. Hinzu komme das Problem fehlender Rechtsstaatlichkeit, das eine Zusammenarbeit erschwere und auch moralisch fragwürdig mache. Vor diesem Hintergrund, so Haibach, habe die Europäische Union ihre Zentralasienstrategie formuliert. Zentrale Aspekte dieser Strategie stellten etwa eine Kooperation im Kampf gegen den Terror, Förderung und Sicherung von Stabilität in der Region, das Prinzip des *good governance* sowie eine Zusammenarbeit im Bereich Menschenrechte dar.

Die "Spät-Gekommenen"

Trotz dieser Initiative und mit Blick auf das Engagement Russlands oder Chinas sei allerdings zu konstatieren, so der Referent, dass wir die "Spät-Gekommenen" seien. Auch sende die EU durchaus ambivalente Zeichen aus. So sei zwischen Usbekistan und der EU ein Menschenrechtsdialog vereinbart worden, in dessen Rahmen u.a. die Entsendung einer Expertenkommission zur Untersuchung der Vorfälle in Andijan geschickt worden sei. Alleine diese Tatsache habe der EU genügt, auf besonderen Druck Deutschlands hin, die Sanktionen gegen Usbekistan zu lockern, obwohl substantielle Fortschritte im Menschenrechtsbereich kaum feststellbar gewesen seien. .. Damit sei er, Haibach, nicht einverstanden gewesen. Das Problem innerhalb der EU, so der CDU-Bundestagsabgeordnete, bestehe darin, dass jedes Mitgliedsland stets auf seine eigenen Interessen schaue, ein kohärentes europäisches Vorgehen damit oft unmöglich werde. Hinzu komme das Missverstehen anderer Politikulturen – anders als in Europa angenommen würde Entgegenkommen bzw. Einlenken beispielsweise in Zentralasien als Schwäche gedeutet.

Mit Blick auf das vor allem von Außenminister Steinmeier propagierte Prinzip "Wandel durch Verflechtung" bemerkte Holger Haibach, er halte sehr viel von Dialog, glaube aber, dass ein Dialog mit klaren Voraussetzungen geführt werden müsse. Er, so Haibach, halte es für richtig, dass die Europäer nunmehr Zentralasien für sich "entdeckten", wünsche sich aber auf europäischer Seite eine Haltung, die berücksichtigt, dass viele verschiedene Standpunkte unter einen Hut zu bringen seien und dass die andere Seite oftmals anders "ticke". Diese Position dürfe sich aber nicht zu weit von den eigenen Grundsätzen entfernen – in einem Satz, so Haibach abschließend, er wünsche sich eine klare Haltung bei gleichzeitiger Kooperationsbereitschaft.